INHALTSVERZEICHNIS

GELEITWORT	V
VORWORT	VII
INHALTSVERZEICHNIS	IX
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	XV
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	XXV

TEIL 1: GRUNDLAGEN DER UNTERSUCHUNG.....1

Kapitel 1: Einführung.....	1
A. Relevanz des Untersuchungsgegenstandes.....	1
B. Untersuchungsziel.....	4
C. Untersuchungsaufbau.....	5
Kapitel 2: Handelsrechtliche Jahresabschlusszwecke	6
A. Problematik und Methodik der Zweckbestimmung	6
B. Die Gewinnermittlungsfunktion	8
I. Schutz vor Gewinnverkürzung	8
II. Schutz vor überhöhten Ausschüttungen	9
C. Die Informationsvermittlungsfunktion	11
I. Pflicht zur Selbstinformation.....	11
II. Informationsansprüche	12
D. Zweckpluralismus der handelsrechtlichen Bilanzierung	14
E. Der Rahmegrundsatz der Objektivierung als Instrument zur Erfüllung handelsrechtlicher Jahresabschlusszwecke.....	17
I. Ermessensbeschränkungen durch Objektivierungsrestriktionen	17
II. Vergleichbarkeitsgewährleistung durch Objektivierungsrestriktionen	20
F. Zwischenergebnis	21

TEIL 2: DER MATERIELLE STETIGKEITSGRUNDSATZ IM HANDELSBILANZRECHT.....23

Kapitel 1: Der materielle Stetigkeitsgrundsatz bis zur Verabschiedung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG).....	23
A. Historie des handelsrechtlichen Stetigkeitsgrundsatzes	23
B. Inhaltsbestimmung des handelsrechtlich kodifizierten Stetigkeitsgrundsatzes.....	25
I. Der Wille des historischen Gesetzgebers als Ausgangsbasis für die Bestimmung des heutigen Norminhaltes	25

II.	Die europarechtlichen Vorgaben zur materiellen Stetigkeit.....	26
1.	Verpflichtung zur richtlinienkonformen Auslegung nationalen Rechts	26
2.	Der Stetigkeitsgrundsatz nach der 4. EG-Richtlinie	28
a.	Zum Wortlaut des Art. 31 Abs. 1 Buchst. b der 4. EG-Richtlinie	28
(1)	Stetigkeit in der Anwendung von „Bewertungsmethoden“	28
(2)	Die Soll-Formulierung des Art. 31 Abs. 1 Buchst. b der 4. EG-Richtlinie	29
b.	Zur Zielkonzeption der 4. EG-Richtlinie	31
c.	Zum Sinn und Zweck des Art. 31 Abs. 1 Buchst. b der 4. EG-Richtlinie	33
d.	Folgerungen für den materiellen Gehalt der Stetigkeitsforderung des Art. 31 Abs. 1 Buchst. b der 4. EG-Richtlinie	36
3.	Der Stetigkeitsgrundsatz nach der neuen EU-Bilanzrichtlinie 2013/34/EU	38
a.	Zur Zielkonzeption der neuen EU-Bilanzrichtlinie 2013/34/EU	38
b.	Die wesentlichen Neuerungen im Bereich der allgemeinen Ansatz- und Bewertungsgrundsätze	39
c.	Implikationen für die europarechtlichen Vorgaben zur materiellen Stetigkeit	40
III.	Der Begriff der „Bewertungsmethode“	42
1.	Inhaltsbestimmung der „Bewertungsmethode“ i.S.d. § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB	42
2.	Subsumption der Ansatzmethoden unter die Bewertungsmethoden i.S.d. § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB?	46
IV.	Sachliche Reichweite des materiellen Stetigkeitsgrundsatzes	50
1.	Bezugsobjekte des Grundsatzes der Bewertungsstetigkeit	50
a.	Dieselben Vermögensgegenstände und Schulden	51
b.	Gleiche und gleichartige Vermögensgegenstände und Schulden	52
(1)	Der Grundsatz der Bewertungseinheitlichkeit als integraler Bestandteil der Bewertungsstetigkeit	52
(2)	Der Grundsatz der Bewertungseinheitlichkeit und sein Verhältnis zum Grundsatz der Einzelbewertung	54
(3)	Bezugspunkt für die Beurteilung der Gleichartigkeit von Vermögensgegenständen und Schulden	56
(a)	Die Art- und Funktionsgleichheit als unsicherer Bezugspunkt	56
(b)	Der normative Gesetzeszweck als sicherer Bezugspunkt	59
c.	Verschiedene Vermögensgegenstände und Schulden	60
2.	Wahlrechte und Bewertungsstetigkeit	62
a.	Begriff und Abgrenzung bilanzieller Wahlrechte	62
(1)	Gesetzliche und faktische Wahlrechte	62
(2)	Individualspielräume	64
b.	Bewertungsstetigkeit und Ansatzwahlrechte	65
c.	Bewertungsstetigkeit und Bewertungswahlrechte	68
d.	Bewertungsstetigkeit und Individualspielräume	70
V.	Zeitliche Reichweite des Stetigkeitsgrundsatzes	71
1.	Bezugnahme auf den „vorhergehenden Jahresabschluss“ in § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB	71
2.	Auswirkungen der zeitlichen Reichweite des § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB auf den materiellen Geltungsbereich der Bewertungsstetigkeit	74

VI. Verpflichtungscharakter der Bewertungsstetigkeit gem. § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB a.F.	76
1. Die Soll-Formulierung der Bewertungsstetigkeit gem. § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB a.F.	76
a. Von der Muss-Formulierung zur Soll-Formulierung	76
b. Entstehungsgeschichte des § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB a.F. im Rahmen des BiRiLiG.	77
(1) Formale Gründe für die Wortlautveränderung?	79
(2) Gesetzessystematische Interpretation der Soll-Formulierung	80
2. Auswirkungen auf den Verpflichtungscharakter	81
C. Zwischenergebnis	82

Kapitel 2: Der materielle Stetigkeitsgrundsatz im HGB nach Verabschiedung des BilMoG84

A. Totalkodifikation des materiellen Stetigkeitsgrundsatzes	84
I. Kodifizierung eines Stetigkeitsgebotes für den Bilanzansatz	84
II. Wortlautänderung der kodifizierten Bewertungsstetigkeit	84
B. Reichweite des handelsrechtlichen Stetigkeitsgrundsatzes im HGB nach BilMoG	85
I. Zur Auslegung von handelsrechtlichen Normen	85
II. Implikationen für die Auslegung des Stetigkeitsgrundsatzes nach BilMoG	87
III. Grundkonzeption und Ziele des BilMoG	88
IV. Wesentliche Neuregelungen im Einzelabschluss vor dem Hintergrund der Informationsfunktion	90
1. Ansatzwahlrechte	90
a. Einschränkung von Ansatzwahlrechten	90
(1) Streichung von Ansatzwahlrechten	90
(2) Umwandlung des Ansatzwahlrechtes für den derivativen Geschäfts- oder Firmenwert in eine Ansatzpflicht	92
(3) Neukodifikation eines Ansatzwahlrechtes für selbstgestellte Immaterialgüter des Anlagevermögens	93
b. Beibehaltung von Ansatzwahlrechten	96
2. Bewertungswahlrechte	98
3. Neue Ansatz- und Bewertungsregelungen	100
4. Die außerbilanzielle Ausschüttungssperre des § 268 Abs. 8 HGB als ergänzendes Schutzinstrument für die bilanzielle Kapitalerhaltung	102
V. Konsequenzen für die Informationsvermittlungsfunktion des handelsrechtlichen Jahresabschlusses	105
VI. Auswirkungen der veränderten Informationsvermittlung auf das Stetigkeitsprinzip	107
VII. Zum Begriff der „Ansatzmethode“	110
VIII. Abgrenzung des Umfangs der Ansatzstetigkeit	113
1. Sachliche Reichweite der Ansatzstetigkeit	113
a. Bezugsobjekte des Grundsatzes der Ansatzstetigkeit	113

(1)	Dieselben Ansatzobjekte	114
(2)	Gleiche und gleichartige Ansatzobjekte	114
(a)	Der Grundsatz der Ansatzseinheitlichkeit als integraler Bestandteil der Ansatzstetigkeit	114
(b)	Bezugspunkt für die Beurteilung der Gleichartigkeit der Ansatzobjekte	116
(c)	Implikationen aus der Zugrundelegung des Telos der Norm als Bezugspunkt der Vergleichbarkeit	117
(3)	Verschiedene Ansatzobjekte	120
2.	Zeitliche Reichweite der Ansatzstetigkeit	121
a.	Bezugnahme auf den „vorhergehenden Jahresabschluss“ in § 246 Abs. 3 Satz 1 HGB	121
b.	Auswirkungen der zeitlichen Reichweite des § 246 Abs. 3 Satz 1 HGB auf den materiellen Geltungsbereich der Ansatzstetigkeit	124
IX.	Abweichungen von den handelsgesetzlichen Stetigkeitsprinzipien	125
1.	Kategorisierung der Abweichungsmöglichkeiten	125
a.	Abweichungen aufgrund gesetzlicher Regelungen	126
(1)	Zwingende Abweichungen aufgrund gesetzlicher Vorschriften	126
(2)	Zulässige Abweichungen aufgrund gesetzlicher Vorschriften	128
b.	Abweichungen in begründeten Ausnahmefällen (§§ 246 Abs. 3 Satz 2, 252 Abs. 2 HGB)	131
2.	Folgen einer Abweichung von den handelsgesetzlichen Stetigkeitsgrundsätzen	135
3.	Notwendigkeit einer rechtformspezifischen Unterscheidung der begründeten Ausnahmefälle i.S.d. §§ 246 Abs. 3 Satz 2, 252 Abs. 2 HGB?	137
C.	Zwischenergebnis	140

TEIL 3: DIE MATERIELLE STETIGKEIT IM STEUERBILANZRECHT143

Kapitel 1: Die Ableitung einer materiellen Stetigkeitsforderung für die Steuerbilanz aus dem handelsgesetzlich kodifizierten GoB.....143

A.	Kein originärer Stetigkeitsgrundsatz im Steuerbilanzrecht	143
B.	Der Grundsatz der Maßgeblichkeit handelsrechtlicher GoB	144
I.	Entwicklung des Verhältnisses von Handels- und Steuerbilanz	144
II.	Neujustierung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes im Rahmen des BilMoG.....	145
III.	Reichweite des neugefassten materiellen Maßgeblichkeitsgrundsatzes und des steuerlichen Wahlrechtsvorbehalts	146
1.	Materielle Maßgeblichkeit und Bilanzansatz.....	146
a.	Grundsatz der Ansatzmaßgeblichkeit	146
b.	Steuerrechtliche Ansatzvorbehalte.....	147
2.	Materielle Maßgeblichkeit und Bewertung	148
a.	Grundsatz der Bewertungsmaßgeblichkeit	148
b.	Steuerrechtliche Bewertungsvorbehalte.....	150
3.	Ausweis nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (§ 5 Abs. 1 Satz 1, 1. Halbsatz EStG).....	151
4.	Steuerlicher Wahlrechtsvorbehalt gem. § 5 Abs. 1 Satz 1, 2. Halbsatz EStG	155

a.	Der Meinungsstreit im Schrifttum	155
b.	Die Grundwertungen der Finanzverwaltung.....	157
(1)	Uneingeschränkte Autonomie steuergesetzlicher Wahlrechte	157
(2)	Eingeschränkte Autonomie von Richtlinien-Wahlrechten	159
(a)	Investitionszuschüsse	159
(b)	Rücklagen für Ersatzbeschaffung.....	160
(c)	Herstellungskosten	160
(d)	Fest- und Gruppenbewertung	163
IV.	Konsequenzen für die Maßgeblichkeit der materiellen handelsgesetzlichen Stetigkeitsgrundsätze	165
1.	Handelsrechtliche Ansatzstetigkeit im Rahmen materieller Ansatzmaßgeblichkeit	165
2.	Handelsrechtliche Bewertungsstetigkeit im Rahmen materieller Bewertungsmaßgeblichkeit	167
3.	Keine Ansatz- und Bewertungsstetigkeit im Rahmen autonom ausgeübter steuergesetzlicher Wahlrechte	168
4.	Keine Ansatz- und Bewertungsstetigkeit im Rahmen autonom ausgeübter Richtlinien-Wahlrechte?	170
5.	Ansatz- und Bewertungsstetigkeit im Rahmen von Ergänzungs- und Sonderbilanzen von Mitunternehmern.....	172
C.	Einschränkung der materiellen handelsgesetzlichen Stetigkeitsgrundsätze durch steuerrechtliche Leitprinzipien?.....	175
I.	Handelsgesetzliche Stetigkeitsgrundsätze und Leistungsfähigkeitsprinzip.....	177
1.	Steuerentlastende Sozialzwecknormen	179
2.	Vereinfachungszwecknormen	180
3.	Folge: Doppelte Abschottung der subventionellen Steuervergünstigungen und Vereinfachungszwecknormen von den handelsgesetzlichen Stetigkeitsgrundsätzen	183
II.	Handelsgesetzliche Stetigkeitsgrundsätze und Jahressteuerprinzip	185

Kapitel 2: Die Ableitung einer materiellen Stetigkeitsforderung aus dem steuerrechtlichen Grundsatz der Willkürfreiheit188

A.	Die Manifestation der Stetigkeit in der steuerlichen Judikatur	189
I.	Konturierung der Bezeichnungen von Stetigkeitsforderungen in der höchstrichterlichen Rechtsprechung.....	189
II.	Willkürfreiheit als Rechtfertigungsgrundlage von materiellen Stetigkeitsforderungen im Steuerrecht	190
III.	Inhalt und Reichweite des Grundsatzes der Willkürfreiheit.....	191
IV.	Exkurs: Abgrenzung Willkürfreiheit und Willkürverbot	193
V.	Höchstrichterliche Steuerrechtsprechung zum Grundsatz der Willkürfreiheit....	195
1.	Willkürfreie, stetige Erfolgsermittlung im Bereich der Bewertung.....	195
2.	Willkürfreie, stetige Erfolgsermittlung im Bereich des Ansatzes	197
3.	Begründungen der Willkürfreiheit in der steuerlichen Rechtsprechung.....	199
a.	Element der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.....	200

b. Verstoß gegen den Grundsatz von Treu und Glauben	201
c. Verbot der Steuerregulierung	202
B. Folgen für materielle Stetigkeitsforderungen bei der Ausübung von originär steuerlichen Wahlrechten und Rechnungslegungsspielräumen.....	203
I. Veränderte Deduktionsbasis als Ursache für einen von der handelsgesetzlichen Stetigkeit abweichenden Wirkungsbereich	203
II. Erfassung von Freiheiten dem Grunde und der Höhe nach	204
III. Begrenzung des Wirkungsbereiches auf das einzelne Ansatz- bzw. Bewertungsobjekt	205
TEIL 4: ZUSAMMENFASSUNG ZENTRALER ERGEBNISSE.....	207
LITERATURVERZEICHNIS	217
RECHTSQUELLENVERZEICHNIS.....	281
RECHTSPRECHUNGSVERZEICHNIS	286
VERZEICHNIS DER RICHTLINIEN UND VERWALTUNGSANWEISUNGEN...293	